

Lübecker

Tagesszeitung für



Volksbote

Das arbeitende Volk

Nummer 249

Montag, 24. Oktober 1927

34. Jahrgang

Befoldungsschwindel!

Röhler, der Brügelnabe / Der Reparationsagent als Retter in der Not Wahlparole auf dem Rücken der Beamten

Dr. L. Lübe, 24. Oktober.

Röhlers Tage sind gezählt! Er wurde gemogelt und zu leicht befunden. Man kann ein brauer und ordentlicher Finanzverwalter des Ländchens Baden gewesen sein, und man kann trotzdem in der wogenden See der deutschen Reichsfinanzen kläglich scheitern. Wie das Beispiel Röhler zeigt!

Probleme und Schwierigkeiten umdrängen den deutschen Reichshaushalt. Die Reparationsausgaben wachsen von Jahr zu Jahr. Die Länder sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit und verlangen Verringerung des Finanzausgleichs. Das Kriegsschadenschuldschuldgesetz ist bestimmt in Aussicht genommen. Das Schuldschuldgesetz soll auch einige hundert Millionen kosten. Und dazu die Beamtenbefoldungsreform!

Der Reichstag erwartete mit Spannung die große Rede des Finanzministers. Was wird er zu sagen haben? Wie will er sich helfen? — Bevor Röhler eine Viertelstunde gesprochen hatte, da mußte jedermann, daß er seine Schlacht verloren hatte und auch verloren gab. Eine Rede mit vielen schönen Worten, aber ohne Gedanken, ohne Ziele, ohne ein eigenes Wollen. Es war die braue und fleißige Rede eines ehrlichen Mannes, der seiner Aufgabe nicht gewachsen ist.

Eine Sensation ersten Ranges brachte die Röhlersche Rede endgültig um jede Wirkung: Die Behauptung ging gleichzeitig durch die Presse, daß der Reparationsagent Barter Gilbert gegen die Befoldungsreform Einspruch erhoben hätte. Röhler sagte zwar kein Wort davon, doch wurde die Meldung hartnäckig aufrechterhalten. Und sie bestätigte sich auch — zum Teil!

Wollte nicht die Beamtenchaft einmal auf einige Stunden ihr wertvollstes Stücken auf die „Kassette“ und die damit verbundene Prozentrechnung auf, um die großen politischen Zusammenhänge der gegenwärtigen Finanzdebatte zu überschauen. Es steht für die Beamten stiel auf dem Spiel! Was auf der politischen Bühne Deutschlands in den letzten Tagen vor sich ging, war ein Kampf mit verhängtem Wäffer. War ein politischer Schwindel ohne Gleichen! Und Herr Röhler wird jetzt der Sündenbock für Dinge, an denen er sicher nicht der Hauptschuldige ist.

Wägen sich die Beamten zunächst eins genau merken: Der Kampf geht nicht um die Befoldung, sondern um den Bürgerloß! Und aus dem Rücken der deutschen Beamtenchaft werden gegenwärtig die Riemen geschritten, aus denen die deutsch-nationalen Weissen für den nächsten Wahlkampf geflochten werden sollen.

Röhler war politisch und moralisch verpfändet, endlich den langjährigen Befoldungsstand zu beseitigen. Aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie und auch auf die Verbände mußte er den Unterbeamten bedeutende Zuschläge geben. Sicherlich entsprach das auch seiner eigenen Meinung! Die Mehrheit des Kabinetts, besonders die deutsch-nationalen Minister, verlangten dazu eine entsprechende „landesgemäße“ Erhöhung der Bezüge der hohen und höchsten Beamten. Daraus ergab sich dann naturgemäß ein nochmaliger Ausgleich für die mittleren Beamten, um den Sprung der oberen Stufen nicht zu skandalös zu machen. Die Befoldungsreform ging damit weit über das hinaus, was Röhler ursprünglich errechnet hatte. Und er war nicht stark genug, um es zum Konflikt mit Herge u. W. kommen zu lassen.

Röhler gab also nach und überließ alles dem lieben Herrgott, dem nächsten Jahr und den Ländern. Die ersten beiden Instanzen wehrten sich weiter nicht, aber die dritte, die Länder! Bayern meldete sich!

Um den Bürgerloß zu retten, hatte Röhler im Reichskabinet den Deutschnationalen nachgegeben. Aber er brauchte damit diesen Bürgerloß erst recht in Gefahr. Denn die bayrischen Finanzen sind derart zerrüttet, daß der bayrische Finanzminister keine Möglichkeit sieht, die Gelder für die Beamten aufzubringen. Das Bauernland Bayern hat nicht den Mut, die Realbesteuerung der Landwirtschaft der Finanznot anzupassen. Wie also kann Bayern seinen Etat balancieren?

Sehr einfach, jagen die Bajuwaren! Das Reich ändert seinen Finanzausgleich und gibt der Münchener Regierung zu ihren bisherigen Sonderzulagen nochmals besondere Zuwendungen. Die Preußen sollen bezahlen! Diesen Norddeutschen geht es sowieso noch viel zu gut!

Röhler kam in größte Bedrängnis. Er rechnete und rechnete! Aber es ging nicht! Und außerdem kam der Reparationsagent und machte darauf aufmerksam, daß eine erneute Verringerung des

Finanzausgleichs zugunsten eines oder aller Länder die Finanzkraft des Reiches allzu sehr schwächen müßte. So sehr schwächen würde, daß er keine Gewähr mehr habe für die Erfüllungsmöglichkeit des Dawespaktes.

So mußte wohl oder übel Röhler die bayrische Forderung ablehnen. Womit Bayern sich nicht zufrieden gab, sondern drohte. Wozu ist denn die bayrische Volkspartei Regierungspartei?

Der Schiedsspruch verbindlich

Die Arbeiter nehmen an

Halle, 22. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die Konferenz der Funktionäre des Allen Bergarbeiterverbandes nahm am Sonntag nach einem Referat des Sekretärs der Verbandszentrale Schmidt-Bohum den Schiedsspruch im Braunkohlenstreik mit 381 gegen 36 Stimmen an. Das Reichsarbeitsministerium wurde von dem Ergebnis sofort telephonisch in Kenntnis gesetzt.

Am 11. wird mitgeteilt: Der zur Beilegung der Lohnstreikigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 21. Oktober gefällte Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt und von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragt. Dem Antrag ist vom Reichsarbeitsminister entsprochen worden.

Die Arbeit aufgenommen

Halle a. S., 24. Oktober (Radio)

Die am Sonntag im mitteldeutschen Braunkohlengruben abgehaltenen Belegschaftsversammlungen erklärten sich ohne Ausnahme trotz der kommunistischen Versuche, den Streik noch wochenlang auszudehnen, für die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage. Auch das zeigt, daß die Kommunisten in Mitteldeutschland mehr und mehr abwärtsstufen und statt ihrer früheren Mehrheit heute nur noch eine Minderheit bilden. Entsprechend den Beschlüssen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind die Bergarbeiter heute vormittag um 6 Uhr auf allen Gruben zur Arbeit wieder erschienen. Von keiner Grube liegen bisher Meldungen vor, die das Gegenteil besägen.

Papst und Mussolini

Eine heilige römische Allianz

Rom, 22. Okt. (Drahtbericht)

Mehr als fünfzig Jahre lang — seit der Eroberung Roms und des Kirchenstaates durch den König Viktor Emanuel am 20. September 1870 — hat eine unüberwindliche Kluf zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung getrennt. Als Protest gegen diese Niederwerfung ihrer weltlichen Macht haben sich alle Päpste seit 1870 in eine Art freiwillige Gefangenschaft begeben; sie haben niemals den Palast und die Gärten des Vatikans verlassen und den Anspruch auf Wiederherstellung der päpstlichen Souveränität über ihr früheres Besitztum stets mit allem Nachdruck vertreten. Dafür feierte das offizielles Italien den 20. September demonstrativ als Nationalfeiertag und lehnte jede Art von Beziehungen zum Vatikan ab. In den 52 Jahren des liberalen Regimes ist nie ein ernsthafter Annäherungsversuch zwischen dem Quirinal, dem Sitz des Königs, und dem Vatikan, dem Sitz des Papstes unternommen worden, dagegen hat der latente Gegensatz oft heftigste Ausprägungen ergeben, zumal der Freimaurerorden mit ausgesprochen kirchenfeindlicher Tendenz einen starken Einfluß auf die verschiedenen Regierungen ausübte.

Seitdem aber der Faschismus sich zur Aufgabe gemacht hat, alles auszurufen, was im liberalen Italien Macht und Einfluß genos, und insbesondere gegen den Freimaurerorden einen Vernichtungsfeldzug führt, hat auch dieses Problem ein neues Gesicht erhalten. Der Vatikan, dessen diplomatische Methoden oft bedenklich, aber stets überlegen klug gewesen sind, hat in dem Faschismus ein Mittel erblickt, das bisher unerreichbare Ziele der Wiederherstellung seiner weltlichen Macht aufs neue zu verfolgen. Da sich Mussolini in seiner moralischen Isolierung um jeden Preis nach Freunden umsehen mußte, zeigte er, der alle fanatische Weisheit und Gotteslästerer, plötzlich Reue, sich der Kirche zu nähern. Er ließ sich nach fast zwanzigjähriger Ehe nachträglich kirchlich trauen und machte der Kirche eine Reihe von Konzessionen, z. B. die Wiedereinführung der Kreuztze in Schulen und Gerichtssälen. Dafür verzichtete der Vatikan darauf, die „Popolari“, d. h. die politische Partei der italienischen Katholiken, vor den Verfolgungen durch den Faschismus zu schützen.

Diese bayrische Volkspartei also erklärte, daß sie aus der Regierung austreten würde, wenn nicht entweder die Befoldungsreform vom Reich bezahlt, oder andererseits allgemein gekürzt würde. Röhler kam schwer ins Kreuzfeuer. Da hatte er in Magdeburg mit Pauken und Trompeten Parade abgehalten und jetzt sollte er de- und wehmütig Schamade blaien?

Es war eine verzwickte Lage für ihn. Das hilflos plätschende zwischen den politischen Strömungen hin und her. Denn — die deutsch-nationalen Unternehmer schlossen sich immer dem bayrischen Protest an. Sie fürchteten Steuern und ne fürchteten eine Auswirkung der erhöhten Beamtengehälter auf die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten. Die Reichsparteien selbst aber hatten sich den Beamtenverbänden gegenüber unerbittlich stark festgelegt.

Da kam plötzlich in höchster Not, als die Röhler im Bürgerloß immer gefährlicher wurden, der reitende Geant! Der Deutschnationaler stiel diese Weisheit ein: Der Reparationskommissar, der vor der Verringerung des Finanzausgleichs und der fortwährenden Erhöhung der Ausgaben gewarnt hatte, mußte als Ausrede herhalten. Man erklärte einfach, so meinten die schwarzweißroten Weissen von Zion, Barter Gilbert habe die versprochenen Gehaltserhöhungen verboten.

Damit wollten diese schlichthörigen Herren mehrere Fliegen mit einem Schläge erledigen. Erstens hat Röhler seine Ausrede und die Beamten bekommen die Hälfte des Versprochenen, zweitens ist der Bürgerloß gerettet, und drittens kann man eine gerade glänzende Hege gegen die „Dawesfron“ eröffnen und daraus eine ausgezeichnete Wahlparole schmieden.

Fein ausgeklügelt, nicht wahr? Der biedere Röhler kann ja nach dieser Blamage abgehen. Dann ist auch das Geld da für das Schuldschuldgesetz. Und die dummen Beamten bilden sich ein, daß die Reparationen schuld seien an ihren Hungergehältern! Und sie werden dann wieder getreues Stimmvieh der Deutschnationalen, die diese Reparationen mit dem gesamten Dawesplan abzuschaffen versprechen. Versprechen!

Auf jeden Fall müssen die Beamten jetzt die Ohren steif halten. Werden sie sich zu einem deutsch-nationalen Schwindelmaßstab misbrauchen lassen? Preußen hat die Lage geklärt. Sein Finanzminister erklärte am Sonntagabend in einer Berliner Versammlung, daß Preußen die Röhlerschen Versprechungen einhalten könne. Es liegt also nur an Bayern, oder besser gesagt an der Reichsregierung! Oder noch genauer ausgedrückt: am Bürgerloß!

Dieser Bürgerloß sieht nun beisammen und berät. Und nur eins weiß man bisher genau: Von der großen Magdeburger Versprechung von 30 Prozent wird, wenn es gut geht, die Hälfte übrig bleiben. Ein Beispiel politischer Verantwortungslosigkeit und politischen Schwindels wird damit gegeben, das in der parlamentarischen Geschichte wohl einzig dasteht.

Hunderte von katholischen Priestern, namentlich in den Dörfern Oberitaliens, wurden von Faschisten mißhandelt, wie sie sogar ermordet. Die parlamentarischen Führer der „Popolari“, Don Sturzo, de Gaspari und andere mußten aus Italien flüchten oder sie wurden eingekerkert. Der Vatikan aber, der ursprünglich noch keine Stimme gegen diese Gewalttaten erhob, hat es inzwischen vorgezogen, über diese Dinge die Augen zuzubrüden. Die demokratischen Katholiken, vor allem der arme Dorfklerus, werden von der obersten Kirchenbehörde in einer Weise verraten, die weniger den Geist von Jesus als den Geist von Judas atmet. Warum? Weil die aristokratischen Kardinäle, die im Vatikan sitzen, die Gaspari und Merry del Val, als tüchtige diplomatische Rechner hoffen, durch diese unwürdige Neutralität den großen politischen Zielen der Kirche besser zu dienen als durch eine Kampfstellung gegen dieses blutbesetzte Regime. Für sie ist der Faschismus eine unverhoffte Gelegenheit, die Wiederherstellung der vatikanischen Souveränität in irgend einer Form zu erreichen.

Neuerdings geht der Vatikan mit besonderem Nachdruck, und zwar durch vorsichtige, aber ungewöhnliche Führer daran, seine Rechnung für die geleisteten Neutralitätsdienste Mussolini zu präsentieren. Offenbar hält man in der Umgebung des Papstes die wirtschaftliche Lage des Faschismus für so kritisch, daß man hofft, Mussolini werde nicht wagen, es jetzt mit der Kirche zu verderben. Tatsächlich war die Antwort der Faschisten, wenn auch zurückhaltend und scheinbar negativ, keineswegs grundsätzlich ablehnend. Das Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano“, hat deshalb allen Grund, mit dieser Antwort nicht unzufrieden zu sein. Schließlich erkennt sie ja auch in der Tat zum ersten Male seit 57 Jahren die bisher von der Gegenseite geleugnete Existenz einer römischen Frage an. Sollte es dem Vatikan also gelingen, durch diese Taktik sein Ziel wenigstens zum Teil zu erreichen, so könnte man nur staunen über die Gerissenheit einer Diplomatie, die dieses Kunststück fertiggebracht hat. Trotzdem würde dieses Faktieren des Heiligen Stuhles mit einem Mörderregime, ja mit den Mörder und Verfolger der eigenen treuesten Söhne, kein Ruhmesblatt in der Geschichte der katholischen Kirche darstellen.

